

Bildung – Schlüsselfaktor der Produktivität

Gutes Bildungsangebot entscheidet über die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes.

Ernst Brandstetter

„Krieg um Talente“, „Frauen an die Macht“ und „Konsumenten im Mittelpunkt“ waren nur einige der vielen Trends, welche die Gruppe „Dienstleistung“ bei win² im Rahmen ihrer Zukunftsdiskussion aufgezeigt haben. Die Gruppe formulierte mit Hilfe junger Mitarbeiter von Capgemini und Erste Bank Forderungen für einen produktiven und wachsenden Dienstleistungssektor in Österreich.

Die Dienstleister seien für mehr als zwei Drittel der gesamten Wertschöpfung in der österreichischen Wirtschaft verantwortlich. Gleichzeitig sehe sich der Bereich mit vielen Trends konfrontiert, die dessen zukünftige Struktur stark verändern werden. So erkannten die Teilnehmer, dass Fachkräfte immer gefragter, dadurch aber auch immer knapper werden. Der „War for Talents“ sei längst ausgebrochen, und Öster-

reich könne sich hier als kleines Land mit gutem Bildungsangebot profilieren.

In diesem Zusammenhang wird ein Schlüsselfaktor für zukünftige Produktivität im Bereich Bildung gesehen. In Anbetracht der Informationsflut durch Neue Medien, müssten generische Fähigkeiten wie Kreativität und Analytik stärker gefördert werden. Entscheidender als viel zu wissen sei in Zukunft, „richtig zu denken“. Dem Pflichtschulbereich komme dabei eine entscheidende Bedeutung zu. Eine bessere und selektivere Ausbildung der Lehrkräfte würde uns diesem Ziel näher bringen.

Im Hochschulbereich fordern die Teilnehmer eine Fokussierung auf geografische Kompetenzzentren: „Nicht jeder Bürgermeister muss seine eigene Fachhochschule haben. Es braucht ein Standortkonzept, in das tertiäre Bildung, Forschung und Wirtschaft integriert werden.“



Diskussion im Freien: Kreativität und Analytik entscheiden über Zukunftschancen, befand die Arbeitsgruppe „Dienstleistung“. Foto: Reuters

Neue Märkte nicht als Bedrohung, sondern als Chance sehen

Offshoring als Zukunftsaufgabe für die österreichische Industrie.

Die Arbeitsgruppe „Industrie“ zeichnete auf der win² ihr Zukunftsbild der industriellen Landschaft in Österreich. Künftige Herausforderungen sowie Lösungsansätze, um diesen zu begegnen, standen dabei im Mittelpunkt. Die Diskussion wurde von jungen Mitarbeitern der Mobilkom Austria, der Jungen Industrie sowie von Mayr Melnhof geführt. Weder im zunehmenden Druck vom „Wirtschaftswunder China“ noch in Standortverlagerung der Unternehmen oder Stagnation der Wirtschaft wurde eine große Bedrohung für den Industriestandort Österreich gesehen. Die Entwicklung neuer Märkte, wie im Falle Chinas, dürfe man nämlich nicht als Bedrohung, sondern müsse man als Chance für die heimische Industrie sehen. Die Stagnation der Wirtschaft sei ein immer geringer werdender Aspekt für die Standortwahl, da sich Unternehmens- und Wirtschaftswachstum zunehmend entkoppeln.

Die Aufgaben für die österreichische Industrie sehen die Teilnehmer vor allem im Bereich Offshoring. Gingen etwa durch Abwanderung in Billiglohnländer Arbeitsplätze verloren, müssten die Betroffenen in Arbeitsplätze mit höherer Wertschöpfung übergeführt werden. Zudem stünde der heimischen Wirtschaft ein Strukturwechsel bevor: „Wir werden eine Renaissance der Nischenanbieter



Unternehmens- und Wirtschaftswachstum entkoppeln sich zunehmend, analysierte die Arbeitsgruppe „Industrie“. Foto: Reuters

sehen, die in ihrem Bereich zur Weltelite gehören und für nachhaltiges Wachstum sorgen“, so einhelliger Tenor der Teilnehmer.

Neben bereits bekannten Forderungen wie Innovationsoffensive und Produktivitätssteigerung wird auch das gesellschaftliche Umfeld als wichtiger

Faktor angesehen. „Wir brauchen ein Umfeld, in dem Wachstum und Leistung für jeden ein Thema ist und gefördert wird. Es wäre wünschenswert, wenn künftig noch mehr junge Leute Initiative ergreifen und Zukunft gestalten wollen“, so abschließend Matthias Egarter, der Leiter der Industriegruppe.

Einheitliche Regeln für Lobbying in Europa

Arbeitsgruppe „Recht und Politik“.

Die dritte Arbeitsgruppe auf der win² beschäftigte sich mit den Themen Recht und Politik. Im Mittelpunkt standen hier zukünftige Gestaltung und Anspruch von Lobbying in Österreich sowie die Notwendigkeit eines einheitlichen europäischen Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Diskussion wurde von Johannes Hörl, dem ehemaligen Kabinettschef des Salzburger Landeshauptmanns Franz Schausberger und jetzigen Anwalt von DLA Weiß Tessbach, sowie von Martin Spitzer und Stefan Perner, beide Assistenten an der Juridischen Fakultät Wien, begleitet.

Lobbying sei ein natürlicher Prozess, jeder träte für seine Interessen ein und wolle sie verwirklicht wissen, so der einhellige Tenor der Gruppe. Somit sei auch Politik nichts anderes als Lobbying. Der gesamte Prozess hänge jedoch stark von der Eigenverantwortung der handel-

den Personen sowie der Kontrolle öffentlicher Organe ab. Lobbying habe und würde auch in Zukunft viel Positives bewirken, natürlich könne es aber auch zu eigennützigen Zwecken missbraucht werden.

Die Diskussion um die Einführung eines europäischen Zivilgesetzbuches wurde von zwei konkurrierenden Gruppen vorbereitet. Ganz im Sinne der juristischen Tradition sollte eine Lösung durch Streit, also eine intensive Diskussion mit gut vorbereiteten Argumenten, erreicht werden. Als entscheidenden Punkt wollten die Befürworter die Auswirkungen auf den europäischen Binnenmarkt ins Treffen führen. Der Binnenmarkt wäre aber aufgrund der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) ohnehin gesichert, weshalb derzeit kein Bedarf an einer Rechtsvereinheitlichung bestünde. *bra*



Lobbying ist ein natürlicher Prozess, muss aber kontrolliert werden, forderte die Arbeitsgruppe „Recht und Politik“. Foto: Reuters